Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode 27. 11. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias Berninger, Dr. Thea Dückert, Margareta Wolf (Frankfurt), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/1672 -

Deutsche Steinkohle AG muss zügig belastbares Datenmaterial vorlegen

A. Problem

Angabe der Kosten unterschiedlicher Szenarien für den sozialverträglichen Auslauf des subventionierten Bergbaus durch die Deutsche Steinkohle AG, Erstellung eines Gutachtens zu Verkaufserlösen bei separater Verwertung einzelner Unternehmensteile der Ruhrkohle AG im Vergleich zum geplanten Börsengang.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

den Antrag auf Drucksache 16/1672 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2006

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn Vorsitzende Rolf Hempelmann
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/1672** wurde in der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Juni 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Antrag stellende Fraktion fordert, dass die Deutsche Steinkohle AG als größte Tochterfirma des Energiekonzerns RAG detaillierte Angaben über die Kosten eines sozialverträglichen Auslaufs des subventionierten Bergbaus machen soll. Darüber hinaus soll die Bundesregierung durch ein Gutachten klären lassen, ob zur Absicherung der erheblichen Risiken der so genannten Ewigkeitskosten für die öffentliche Hand nicht ein höherer Verkaufserlös zu erzielen sei, wenn Unternehmensteile der RAG separat verwertet werden, als bei dem von der RAG geplanten Börsengang. Zu den Ewigkeitskosten zählen die Kosten der Alterssicherung der im Bergbau Beschäftigten sowie Folgekosten eventueller Umweltschäden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/1672 verwiesen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 27. Sitzung am 18. Oktober 2006 beraten und mit den Stimmen der

Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat die Vorlage in seiner 31. Sitzung am 8. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 23. Sitzung am 8. November 2006 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 16/1672 in seiner 23. Sitzung am 8. November 2006 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1672 zu empfehlen.

Berlin, den 8. November 2006

Rolf Hempelmann

Berichterstatter

